Antragsteller (Name/Adresse/Telefon/E-Mail)	**Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung zur Sicherung einer Arbeitsstelle gemäß § 45 Straßenverkehrsordnung StVO) ggf. inklusive Sondernutzung (§46 Abs 1 Nr. 8 StVO)**

An die
Gemeindeverwaltung Brensbach
Straßenverkehrsbehörde
Ezyer Straße 5
64395 Brensbach
E-Mail: ordnungsamt@brensbach.de

Anlagen:

☐ Regelplan nach RSA Nr. _____
☐ Verkehrszeichenplan (der Örtlichkeit angepasst)
☐ Umleitungsplan (der Örtlichkeit angepasst)

Wenn kein oder kein anwendbarer Plan beigefügt ist, wird eine Gebühr für die Erstellung erhoben.

Die o.g. Firma/Frau/Herr

beantragt den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur Durchführung folgender Arbeiten im Straßenraum:

Arbeitsstelle

Grund der Sperrung (z.B. Kanalbaumaßnahme)					
Ort der Verkehrsbeschränkung (Straßenbezeichnung, Hausnummer)					
Auftraggeber (z.B. Deutsche Telekom, SWG)					
Ausführungszeitraum	Beginn:		Ende:		
Umfang der Sperrung	☐ Gesamt-verkehr	☐ Fußgänger-verkehr	☐ teilweise (Randstreifen)	☐ halbseitig	☐ vollständig
Restbreiten der nicht beeinträchtigten Verkehrsfläche	im Bereich des Gehwegs m	am Fahrbahnrand m (mind. 5,50 m)	halbseitig m (mind. 3 m)		
Umleitung					
Anliegerverkehr zugelassen	bis		☐ bis zur Baustelle		
Buslinie wird tangiert?	☐ nein	☐ ja			

Verantwortlicher

Nachweis über die erforderlichen Fachkenntnisse nach dem Merkblatt zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS) ist dem Antrag beizufügen

Verantwortlicher Bauleiter	
Telefon-Nr. (auch nach Arbeitsende)	

Sondernutzung (nur ausfüllen, wenn zutreffend)

Art der Sondernutzung	☐ Aufstellung Baugerüst/Container	☐ Lagerung Baumaterial	☐ Aufstellung Baukran	☐ Aufstellung Bauzaun
Bereich der Sondernutzung	☐ Fahrbahn	☐ Gehweg	☐ Seitenstreifen	

Erklärung:
Es wird hiermit erklärt, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie deren Beleuchtung übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Unfälle , die durch diese Maßnahmen bedingt sind oder mit ihnen in ursächlichem Zusammenhang stehen, so wird die Haftung gegenüber dem jeweiligen Träger der Straßenbaulast im vollen Umfang übernommen.

Ort, Datum	Unterschrift

Wichtige Hinweise:
Der Antrag bei Vollsperrungen ist mindestens vier Wochen vor Beginn der Maßnahme mit einem entsprechenden Lageplan einzureichen.
Sind Buslinien betroffen ist eine Frist von acht Wochen einzuhalten.
Sonstige Sperrungen sind zwei Wochen vor Beginn der Maßnahme einzureichen.
Das Arbeiten außerhalb abgesperrter Baustellen ist nicht erlaubt.